

25/SN-126/ME

## RECHNUNGSHOF

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

1033 Wien - Postfach 240

Z1 637-01/85

An das

Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung1014 W i e n

STAMPED: ENTWURF	
Z1	15 GE/19 85
Datum:	- 8. MAI 1985
Verteilt:	8.5.1985 Kreuz

St. Wimmer

Der RH bestätigt den Erhalt des do Schreibens vom  
12. Feber 1985, GZ 68.159/16-17/85, und nimmt wie folgt  
Stellung:

Es wird darauf hingewiesen, daß der RH im vergangenen Jahr  
die gesamte Studienförderung im Bereich des BMWF überprüft  
und zwei Berichte erstellt hat, die eine große Anzahl von  
Änderungsvorschlägen enthalten. Diese Berichte befinden  
sich bereits im BMWF zur Stellungnahme. Es erscheint daher  
nicht zielführend, im einzelnen die Empfehlungen des RH zu  
wiederholen. Zusätzlich wird jedoch noch aufmerksam ge-  
macht:

Zu Z 7 (§ 8 Abs 3) ist zu bemerken, daß diese Bestimmung  
im Interesse einer raschen Behandlung und Erledigung der  
Anträge sicher zweckmäßig ist, im Hinblick auf die gem § 57  
Abs 8 lit 1 UOG in den selbständigen Wirkungsbereich fal-  
lende Zuständigkeit der Studienkommissionen aber proble-  
matisch erscheint.

Zu Z 9 (§ 13) hinsichtlich der Angemessenheit des Betrages  
von 8 000 S kann nicht Stellung genommen werden, da nicht

- 2 -

ersichtlich ist, aufgrund welcher Berechnungen dieser Betrag vorgesehen ist.

Zu Z 11 (§ 29) wird bemerkt, daß die Gewährung von Studienunterstützungen nur über Antrag erfolgen und diese Voraussetzung auch in das Gesetz aufgenommen werden sollte. Weiters sollte auch die in den Erläuterungen angeführte Kommission gesetzlich statuiert werden.

Hinsichtlich der im § 1 Abs 1 lit d angeführten Berechtigten wird bemerkt, daß gem Z 23 des derzeit in Begutachtung stehenden Entwurfes einer 8. Schulorganisationsgesetz-Novelle an den Pädagogischen Akademien Vorbereitungslehrgänge eingerichtet werden sollen. Es sollte daher Vorsorge getroffen werden, daß Studierende an diesen Vorbereitungslehrgängen wie jene an den Vorbereitungslehrgängen der Akademien für Sozialarbeit nicht in den Kreis der Anspruchsberechtigten fallen, da diese Materie im Schülerbeihilfengesetz zu regeln ist.

1985 03 22

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Angelegenheit:

*Wack*

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	
Eing.	23. MRZ. 1985
Zahl.	
Bgl.	